Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 26. Juli 2017 um 13:21 Uhr

„Ziemlich dramatisches Bild“
Überschwemmungen in Südniedersachsen: Innenministerium richtet Krisenstab ein

Mittwoch 26. Juli 2017 - **Hannover (wbn). Einigen Städten in Südniedersachsen steht das Wasser bis zum Hals! In Anbetracht der aktuellen Hochwasserlage hat das Niedersächsische Innenministerium am Vormittag einen Krisenstab eingerichtet und ruft Bürger dazu auf, bestimmte Bereiche zu meiden - etwa die besonders betroffene Innenstadt von Goslar.**

Dort hatte sich jüngst Innen-Staatssekretär Stephan Manke einen Eindruck von der Situation verschafft. „Die reißenden Wassermassen zeichnen ein ziemlich dramatisches Bild“, so seine Einschätzung, „aber die Einsatzkräfte sind entsprechend aufgestellt und vorbereitet und versuchen, größere Schäden abzuwehren.“

Fortsetzung von Seite 1

Nach Angaben des Ministeriums ist insbesondere das südliche Niedersachsen von Überschwemmungen betroffen – dazu gehört das Harzvorland mit den Einzugsgebieten der Innerste, Oker, Leine und deren Zuläufe. In Goslar wurde die Innenstadt überflutet und darum gesperrt, der Landkreis hat mittlerweile den Katastrophenfall ausgerufen.

Rekordpegel in Heinde und Groß Rhüden

Die Gewässer seien an zahlreichen Stellen über die Ufer getreten, an neun

Hochwassermeldepegeln sei die höchste Meldestufe 3 überschritten worden. Die Pegelstände in Heinde im Landkreis Hildesheim (Innerste) und in Groß Rhüden im Landkreis Goslar (Nette) haben demnach neue Rekordwasserstände erreicht und die bisherigen Werte von 2007 abgelöst. So lag bereits am Vormittag der Wasserstand am Pegel Heinde 40 Zentimeter über dem Höchststand von 2007. Bis zum Abend werden die Scheitel voraussichtlich erreicht sein.

Talsperren bis zu 75 Prozent gefüllt

Auch an den anderen Pegeln – insbesondere an Leine, Innerste, Oker und deren Zuläufen – werden die Pegelstände am heutigen Mittwoch wohl zunächst weiter steigen. Die Talsperren sind bis zu 75 Prozent gefüllt. „Es wird also noch dauern, bis wir tatsächlich von einer Entwarnung sprechen können“, so Staatssekretär Manke.